Aktivität gegen den Versand von Munition zu entfalten.

Die Präsidentschaftswahlen stehen im Zeichen des Kampfes des Sozialismus gegen den Kapitalismus. Wenn die Bourgeoisie den Angriff auf die Sowjetunion eröffnet, dann sagen wir den Imperialisten: Denkt daran: Wir stehen bereit zum Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion! Denkt ihr, wir haben seit 1918 nichts gelernt? Wir werden — nach den Worten Stalins — alle Leidenschaften und Kampferfahrungen aubieten, um die Kriegsverbrecher vernichtend zu schlagen, das Proletariat zum Sturm zu führen!"

Ernst Thälmann vor der Krupp-Belegschaft

Die Arbeiter des Kriegsbetriebes formieren Stoßbrigade zur Verteidigung Sowjetrußlands

Essen, 29. Februar. (Eig. Bericht.)

Genosse Ernst Thälmann sprach am Sonntag in Essen vor der Krupp-Belegschaft in dem überfüllten Saalbau und Zirkus Hagenbeck. 5000 Krupparbeiter und -pensionäre lauschten im Saalbau und etwa 4000 im Zirkus Hagenbeck den packenden Ausführungen ihres Führers, der in gedrängter, inhaltreicher Rede die Linie der KPD, die Linie der außerparlamentarischen Massenmobilisierung gegen Hunger, Faschismus und Krieg, die Linie der roten Einheitsfront darlegte.

In seinen Ausführungen wies Genosse Thälmann dann den Niedergang des Kapitalismus nach, die schreienden Widersprüche des fluchbeladenen Ausbeutungssystems, die bürgerlich-sozialdemokratische Politik des Hungers, des Faschismus und des Krieges und zeigte der Krupp-Belegschaft und damit dem gesamten Proletariat den sozialistischen, außerparlamentarischen Ausweg, für den es besonders auch in diesem Wahlkampfe zu kämpfen gilt.

Am Schluß seiner Rede verlas er die Kampfdeklaration des ZK der KPD, die von der Krupp-Belegschaft mit begeisterter Zustimmung aufgenommen wurde. Die Krupp-Belegschaft beschloß einstimmig, folgendes Telegramm an das ZK der KPD zu senden:

„Die überfüllte Massenkundgebung der Krupp-Belegschaft im Saalbau Essen begrüßt stürmisch die Kandidatur Thälmanns. Wir wollen unermüdlich dahin wirken, daß die gesamte Belegschaft zu einer Stoßbrigade des Kampfes gegen imperialistischen Krieg, für die Sowjetunion wird, geloben, die rote Einheitsfront zu schmieden unter revolutionärer Führung der KPD, senden brüderliche Kampfesgrüße."

Delegationen der verschiedenen Krupp-Betriebe und Zechen sowie der Duisburger Hafenarbeiter und der Essener Straßenbahner begrüßten den Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann. Die Krupp-Belegschaft überreichte dem Führer der KPD als Zeichen der engen Verbundenheit ein symbolisches Geschenk. Am Schluß der Versammlung bereiteten die versammelten Krupp-Arbeiter dem Genossen Thälmann eine Ovation.

Weitere Sammel- und Werbeergebnisse

Wir veröffentlichen heute weitere Ergebnisse der Sammel- und Werbearbeit, die am vergangenen Sonnabend und Sonntag durchgeführt wurde. Auch diese Ergebnisse zeigen gute Erfolge in der Sammlung für den Kampffonds Klasse gegen Klasse. In Verbindung mit der weiteren erfolgreichen Kampffonds-Sammlung gilt es jetzt für alle Parteiorganisationen, die Werbung für die roten Wahlhelferkolonnen, die Partei und die Arbeiterstimme in den Betrieben und unter den Betriebsarbeitern besonders zu verstärken.

Die Ortsgruppe Dohna meldet:

Gesammelt 80,75 Mark. Durch Verkauf von Thälmann-Postkarten und Kampffondsmarken 6,35 Mark. Bericht der Zelle 1 fehlt noch.

Ortsgruppe Dippoldiswalde: Gesammelt 7 Mark. Geworben: 2 neue Mitglieder für die Partei, 3 für die RGO, ein neuer Leser für die Arbeiterstimme, 22 für das Volksecho.

Die Ortsgruppe Lauenstein sammelte am Sonntag 50 M. für den Kampffonds und steigerte die Leserzahl des Volksechos von 80 auf 130.

Stadtteil 1 meldet weiter: Gesammelt 28,30 Mark, insgesamt 129,55 Mark. Geworben: 2 KPD-, 2 RS-Mitglieder und 13 neue Leser für das Volksecho.

Der SPD-Arbeiter Völkel darf in einer SPD-Versammlung nicht sprechen!

Landtagsabgeordneter Geiser hetzt Schufo auf den sozialdemokratischen Arbeiter Völkel
SPD-Arbeiter! Nur in kommunistischen Versammlungen erhaltet ihr Redefreiheit!

Dresden, 1. März 1932

Im unteren Gasthof Löbtau sprach gestern der sozialdemokratische Abgeordnete Geiser, der Provokateur der SPD-Landtagsfraktion für die Hindenburg-Politik der SPD und hetzte dabei in schamlosester Weise gegen die Kommunistische Partei. Er pries die Sozialdemokratie als Hüter der Demokratie und der Meinungsfreiheit. Als jedoch in der Diskussion der sozialdemokratische Arbeiter Völkel das Wort begehrte, um seinen Standpunkt gegenüber der Politik der sozialdemokratischen Führer klarzulegen, wurde ihm vom Vorstand erklärt, daß Parteimitglieder gegen die Politik der Partei in den öffentlichen Versammlungen der SPD nicht sprechen dürften. Völkel erklärte darauf, daß er ja

auch in Mitgliederversammlungen auf Grund eines Verbots des ostsächsischen Bezirksvorstandes nicht sprechen dürfe

und stellte unter Berufung darauf den schriftlichen Antrag, die Versammlung darüber entscheiden zu lassen. Der Vorsitzende ließ jedoch auf Anraten Geisers über diese selbstverständliche Forderung überhaupt nicht abstimmen. Sofort nach den Ausführungen eines kommunistischen Arbeiters der scharf mit der SPD abrechnete, sprang Geiser auf, um das Schlußwort zu halten. Darauf wandte sich der sozialdemokratische Arbeiter Völkel gegen die geschäftsordnungswidrige Behandlung seines Antrages.

Im selben Augenblick sprangen mehrere Schufo-Leute auf einen Wink Geisers dem sozialdemokratischen Proleten an die Kehle.

Ein Sturm der Empörung brach unter den Versammlungsbesuchern aus und nur die Besonnenheit der kommunistischen Funktionäre und Völkels selbst verhinderte eine schwere Keilerei.

Mit dem Mittel der brutalen Gewalt gehen die faschistischen SPD-Führer zur restlosen Unterdrückung jeder Meinungsäußerung der proletarischen Mitglieder über. Weder in Mitgliederversammlungen noch in öffentlichen Versammlungen sollen die sozialdemokratischen Mitglieder das Recht haben, ihre vom gesunden Klassenempfinden getragenen Anklagen gegen die sozialfaschistische Politik zu begründen. Genau wie in der nationalsozialistischen Partei soll mit den Fäusten aufgehetzter und verwirrter Proletarier die Friedhofsruhe innerhalb der SPD erzwungen werden, die die herrschende Klasse über die gesamte Arbeiterschaft zu verhängen bestrebt ist. Der ungeheuerliche Vorgang in der Dölzschner SPD-Versammlung hat grundsätzliche Bedeutung. Es wird den sozialdemokratischen Klassengenossen klar werden, daß sie, um ihre Meinung aussprechen zu können, in die öffentlichen Versammlungen und in die Diskussionsabende der Kommunistischen Partei und der revolutionären Massenorganisationen gehen müssen!

Der Schufo-Ueberfall auf den sozialdemokratischen Klassengenossen Völkel muß von den ehrlichen sozialdemokratischen Proletariern Dresdens beantwortet werden durch Massenbeteiligung am Kampfaufmarsch der roten Einheitsfront am 6. März!

Die Plenartagung der BL Sachsen der KPD!

Am Sonnabend und Sonntag fand in Leipzig eine politisch bedeutsame Plenarbezirksleitungssitzung der Kommunistischen Partei Sachsens statt, zu der eine große Anzahl von Funktionären aus der Leipziger Organisation sowie der führenden Massenorganisationen hinzugezogen waren.

Genosse Selbmann gab einen sehr ausführlichen Bericht über die außerordentlich inhaltsreiche Plenartagung des Zentralkomitees der KPD. Eine ganze Reihe Fragen von theoretischer und praktischer Bedeutung: die Verschärfung der Krise, der imperialistische Krieg im Fernen Osten und die Mobilisierung zum Kampf gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher, die aktive Verteidigung der Sowjetunion und der chinesischen Sowjetrevolution wurden von Genosse Selbmann behandelt unter Konkretisierung auf die bezirklichen Verhältnisse, also verbunden mit der Massenmobilisierung der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen und der Heranführung der Verbündeten, vor allem der unteren Schichten der Angestellten und armen Bauern.

Außer der Frage der verstärkten Antikriegsarbeit wurden noch folgende Fragen eingehend behandelt: Die Verschärfung der Krise in Deutschland und die neuen Erscheinungen, der Kampf um die Eroberung der eigenen Klasse, das Zurückbleiben des subjektiven Faktors hinter den objektiven Möglichkeiten, die Einheitsfrontpolitik als das Hauptkettenglied der proletarischen Politik in Deutschland und die Schwächen und Mängel in der Arbeit in den Betrieben, in der innergewerkschaftlichen Front, unter den Erwerbslosen, wobei Genosse Selbmann konkret an Hand einer Reihe Fälle diese Schwächen der Arbeit unserer sächsischen Partei insbesondere in den Betrieben selbstkritisch behandelte. Politik von den Betrieben aus müssen wir machen. Die Frage der Streikrüstung und -auslösung wurde konkret behandelt.

In der Diskussion sprachen eine große Anzahl Genossinnen und Genossen insbesondere über den Kampf gegen den imperialistischen Krieg, die Mängel und Schwächen unserer Betriebsarbeit, der Streikrüstung, zur Frage der Verbündeten, des Zentrismus, der Mängel und Schwächen in der RGO und der revolutionären Massenorganisationen.

Wir werden einen ausführlichen Bericht über diese äußerst wichtige Plenumtagung der Führung unseres Parteibezirks in den nächsten Tagen veröffentlichen.

Groener diktiert: Reichswehrerlaß bleibt

Polizeigelder an Nazi-Klagges werden weiter gezahlt / Butterzoll bleibt bestehen

Berlin, 29. Februar. (Eig. Bericht.)

In den letzten Stunden der Reichstagssession wurden mehrere kommunistische Anträge angenommen, in denen die Aufhebung des letzten Reichswehrerlasses zugunsten der SA-Leute Hitlers, die Beseitigung der Butterzollerhöhung und die Einstellung der Polizeikostenzuschüsse des Reiches an die braunschweigische Klagges-Regierung gefordert wurde. Diese Anträge erhielten eine Mehrheit, wurden also bindender Beschluß. Das Reichswehrministerium läßt jetzt erklären, daß trotz dieses Parlamentsbeschlusses nicht daran gedacht werde, den Reichswehrerlaß aufzuheben. Angeblich sei die Reichsregierung nicht verpflichtet, den Beschlüssen des Reichstages nachzukommen.

Die Beibehaltung des Reichswehrerlasses ist jedoch nicht die einzige diktatorische Maßnahme. Gleichzeitig meldet die Kölnische Zeitung:

„Auch der mit großer Mehrheit gefaßte Reichstagsbeschluß auf Streichung der Polizeikostenzuschüsse für Preußen wird zur Zeit kaum Folgen haben ... Ebensowenig ist damit zu rechnen, daß die Reichsregierung der gleichfalls angenommenen Entschließung nachkommen wird, wonach die Butterzollerhöhung wieder rückgängig gemacht werden soll."

Das ist die „Demokratie", für die sich die SPD-Führer erfrechen, die Arbeiterschaft bei der Reichspräsidentenwahl aufzurufen. Jedermann versteht, daß die Ablehnung der Durchführung von Reichstagsbeschlüssen eine faschistische Politik ist, die sie auch Hitler nicht anders machen könnte.

Deshalb folgen die Arbeiter nicht der SPD, die für Hindenburg mobil macht, sondern der KPD, die zum außerparlamentarischen Kampf gegen den Faschismus, für die Interessen der proletarischen Klasse aufruft.

Nur in diesem Kampf, dessen Symbol der rote Arbeiterkandidat Ernst Thälmann ist, wird die Arbeiterklasse ihre Forderungen durchsetzen und ihre Existenz sichern können.

Schanghai soll China entrissen werden

Verhandlungen eingeleitet. Chinesische Bourgeoisie zu jedem Verrat bereit. Der heroische antiimperialistische Volkskrieg soll im Blut erstickt werden

Die Berliner Morgenblätter berichten in großer Aufmachung über bevorstehende Waffenstillstandsverhandlungen zwischen China und Japan. Diese Meldungen sollen offensichtlich den Zweck haben, die breiten Massen von dem Vorgehen der imperialistischen Mächte abzulenken.

Japan hat sich mit einer als „strengvertraulich" bezeichneten Note an die imperialistischen Großmächte gewandt, worin eine Konferenz in Schanghai zu gemeinsamer Annexion Schanghais durch die Imperialisten vorgeschlagen wird. Der Völkerbund soll durch die Aufrollung dieser Fragen nicht weiter diskreditiert werden und außerdem hofft Japan auf einer solchen Konferenz die scharfen Gegensätze zu Amerika leichter zu überbrücken.

An Bord eines englischen Kreuzers haben bereits am Sonntag japanische Verhandlungen mit Tschangkaischek-Agenten stattgefunden. Die chinesische Bourgeoisie, zeigte sich wieder zu jedem Verrat an der Sache des nationalen Freiheitskampfes bereit.

Japan fordert den Rückzug der chinesischen Truppen um 20 Kilometer von Schanghai, Uebernahme Schanghais in gemeinsame imperialistische Verwaltung. Bildung einer internationalen Polizeitruppe, die zunächst durch Militär unterstützt, den Widerstand der chinesischen Bevölkerung gegen den Raub Schanghais durch brutalste Kriegsmaßnahmen brechen soll.

8000 chinesische Werktätige getötet

Schanghai, 1. März (Eig. Ber.)

Trotz der ständigen Angriffe und Bombardierung der chinesischen Stellung in Tschapei ist der Vormarsch der Japaner zum Stillstand gekommen. Bis jetzt gelang es auch den Japanern noch nicht, das seit Tagen umkämpfte Kiangwan zu erobern.

Die Tätigkeit der japanischen Bombenflugzeuge hat eine verheerende Wirkung gehabt. Während nach japanischen Angaben sich die Verluste der Japaner auf insgesamt 1500 Tote belaufen, sind auf seiten der Chinesen 4000 Soldaten und, was den japanischen Massenmord besonders kennzeichnet, ungefähr 8000 wehrlose Werktätige getötet worden.

Wachsende Kriegslieferungen

2¼ Millionen Sprengpatronen für den japanischen Raubkrieg

Hamburg, 1. März (Eig. Bericht.)

Uns geht die nachstehende, in höchstem Maße alarmierende Meldung aus der in Geesthacht liegenden bekannten Sprengstoffabrik Brümel AG zu:

Am Sonnabend hat der Schleppdampfer „Alfred Nobel" von der Sprengstoffabrik Brümel AG in Geesthacht eine Riesensendung Sprengpatronen nach Brunsbüttel gebracht, von wo die Sendung bereits am Sonntag in einem Dampfer ausgelaufen ist. Es handelt sich um nicht weniger als 2 350 000 Sprengstoffpatronen, und zwar 4250 Kisten je 500 Patronen 62%iger Sprengstoff und 250 Kisten zu je 500 Patronen 92%iger Sprengstoff. Diese letzte 92%ige Sprengstoffsendung geht über Reval, die größte von 450 Kisten über Valparaiso und 800 Kisten über einen dritten Hafen, den wir nicht feststellen konnten. Daß es sich eindeutig um Kriegslieferungen für Japan handelt, ist dadurch erwiesen, daß sämtliche Kisten den eingebrannten Stempel „Japan" tragen.

Tagtäglich neue Alarmmeldungen, die klar beweisen, daß Japan nicht daran denkt, seinen imperialistischen Raubzug einzustellen. Die gewaltigen Mengen von Kriegsmaterial werden von Japan für den weiteren Krieg gegen die Sowjetgebiete in China und besonders gegen Sowjetrußland bezogen.

Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg muß deshalb noch breiter und tiefer entfesselt werden. Die Massenbewegung der Arbeiterschaft gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion und der chinesischen Sowjetgebiete muß verbunden werden mit dem Kampf der Verhinderung der Herstellung und Lieferung von Kriegsmaterial!

Clemens Müller entläßt 150 Arbeiter

Am kommenden Freitag wirft die Clemens-Müller-AG ca. 150 Arbeiter auf die Straße. Das Werk 2 wird vollständig stillgelegt. Der Rest der Belegschaft arbeitet nur 1 bis 2 Tage in der Woche.

Eltwerk stellt Wahlhelfer für Thälmann

Das Westwerk meldet 17 rote Wahlhelfer für die KPD. Betriebsarbeiter, weiter vorstoßen! Bildet in jedem Betrieb Wahlhelfer-Kolonnen und sammelt für den Kampffonds Klasse gegen Klasse!

Ein viehischer Nazimord!

Halle, 1. März (Eig. Mell.)

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag wurde der Genosse Kurt Glaser, Seebon, ein aktiver Parteiarbeiter und roter Sportfunktionär von Nazibanditen überfallen und schwer verletzt. Kurt Glaser, der einer der tapferen unermüdlichen Kämpfer auf allen Posten der roten Einheitsfront war, ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag den schweren Verletzungen erlegen.